

WBO e.V. Postfach 2351 71013 Böblingen

An die
Vorsitzenden der Fraktionen GRÜNE und CDU
im Landtag von Baden-Württemberg

nachrichtlich:
verkehrspolitische Sprecher beider Fraktionen
finanzpolitische Sprecher beider Fraktionen

Verkehrsministerium
Finanzministerium
Staatsministerium

Verband
Baden-Württembergischer
Omnibusunternehmen e.V.

Postfach 23 51
71013 Böblingen
Dornierstraße 3
71034 Böblingen

Durchwahl (0 70 31) 6 23-108
Telefax (0 70 31) 6 23-116

kerstin.sander@wbo.de

27. Januar 2022

ÖPNV-Rettungsschirm 2021: Erhöhung des Schadensausgleichs und Überbrückungshilfen

Sehr geehrte Herren Fraktionsvorsitzende,

fast zwei Jahre hält die COVID-19-Pandemie nicht nur unsere Branche in Atem. Bund und Länder haben die Wichtigkeit eines stabilen öffentlichen Personennahverkehrs erkannt und zeitnah Rettungsschirme zum Ausgleich der finanziellen Einbrüche durch wegfallende Fahrgeldeinnahmen gespannt. Dafür sind unsere Mitglieder außerordentlich dankbar – auch für Ihren ganz persönlichen Einsatz in dieser Angelegenheit!

Die Richtlinie Corona-Billigkeitsleistungen ÖPNV 2020 sah ursprünglich einen Schadensausgleich von nur 95 Prozent vor. Dieser wurde dankenswerter Weise nachträglich auf 100 Prozent erhöht. Die Endabrechnung dieses Rettungsschirms ist zwischenzeitlich abgeschlossen. Auch die Richtlinie Corona-Billigkeitsleistungen ÖPNV 2021 sieht einen Schadensausgleich von bis zu 100 Prozent vor. Der für den Zeitraum Januar bis Dezember 2021 angemeldete Schaden beträgt 412 Mio. Euro. Diese Schadensumme kann bislang lediglich zu 85 Prozent ausgeglichen werden, da die zur Verfügung stehenden Mittel nur für einen Abschlag in dieser Höhe ausreichen.

Zuletzt hat sich im Herbst und zum Jahresende 2021 hin die Lage u.a. durch die Absage zahlreicher Veranstaltungen wie z.B. der Weihnachtsmärkte, durch mehr Homeoffice in den Unternehmen und infolge neuer Zugangsbarrieren im ÖPNV/3G-Nachweise wieder verschlechtert, so dass die Fahrgastzahlen erneut eingebrochen sind. Vor diesem Hintergrund rechnen wir, dass die im November 2021 angemeldeten Schäden in Höhe von 412 Mio. Euro für das Gesamtjahr 2021 tatsächlich noch höher liegen werden.

Die neue Bundesregierung hat zwar für das Jahr 2022 ebenfalls einen Rettungsschirm in Aussicht gestellt. Die nun anlaufenden Verhandlungen zwischen Bund und Ländern zur Ausgestaltung dieses Rettungsschirms sollen voraussichtlich erst im Sommer zu einem Ergebnis führen.

Anschließend müssen wieder Anträge gestellt werden und es ist damit zu rechnen, dass das dringend benötigte Geld bei den Verkehrsunternehmen möglicherweise erst nach der Sommerpause ankommt. In den Monaten bis dahin müssen die Verkehrsunternehmen trotzdem Löhne bezahlen, steigende Dieselposten hinnehmen und vor allem den Leistungsumfang aufrechterhalten.

Wir halten einen Schadensausgleich von nur 85 Prozent bei weitem nicht für ausreichend und appellieren daher an die beiden Regierungsfraktionen, jetzt zu handeln und weitere Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. Nur so werden ein öffentlicher Personennahverkehr in gewohntem Umfang aufrechterhalten und im Ergebnis Unternehmensexistenzen auf Dauer gesichert.

Die Verkehrsunternehmen haben die ganze Pandemiezeit hindurch nahezu das volle ÖPNV-Angebot gefahren, was ausdrücklich auch von den politischen Verantwortlichen gefordert wurde – im Gegensatz zu anderen Branchen, die zumindest auf der Kostenseite deutliche Einsparungen erzielen konnten. Sie haben dabei ständig wechselnde Corona-Bedingungen in den Betrieben umgesetzt und es ist ihnen so bislang gelungen, Fahrer/innen, deren Arbeitsbedingungen deutlich schwieriger geworden sind, mit allen Mitteln zu halten. Dies hat nur funktioniert, weil darauf vertraut wurde, dass Fahrgeldausfälle bei reduzierten Fahrgastzahlen später ausgeglichen werden. Eine Ausgleichsquote von 85 Prozent steht aber in einem deutlichen Missverhältnis zu dieser Leistungskontinuität, die es so in keiner Branche gegeben hat.

Es bedarf eines schnellen Handelns; die Unternehmen benötigen jetzt eine Perspektive - mindestens für den Zeitraum bis Sommer 2022, bis Verhandlungen mit dem Bund weiter vorangeschritten sind. Ansonsten droht eine Reduzierung des Leistungsangebotes und dies in einer Zeit, in der Fahrgäste (zurück)gewonnen werden sollen, um schnell wieder das Vor-Corona-Niveau zu erreichen.

Auf Ihr Verständnis und Ihre Unterstützung setzen wir!

Mit besten Grüßen



Klaus Sedelmeier
Vorsitzender
Verband Baden-Württembergischer
Omnibusunternehmen



Dr. Alexander Pischon
Vorsitzender
Verband Deutscher Verkehrsunternehmen
Baden-Württemberg



Dr. Witgar Weber
Geschäftsführer
Verband Baden-Württembergischer
Omnibusunternehmen



Ulrich Weber
Geschäftsführer
Verband Deutscher Verkehrsunternehmen
Baden-Württemberg